

**Einladung an das 6. Treffen von SozialdemokratInnen und
GewerkschafterInnen
Samstag 22. November 2008 11 Uhr – 16 Uhr
Restaurant Mappamondo, Länggassstrasse 44, 3012 Bern**

**Für die Verteidigung von Löhnen und Gesamtarbeitsverträgen sowie
Schutzmechanismen im Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen**

**Gibt es einen anderen Ausweg, als das
« Personenfreizügigkeitsabkommen » abzulehnen?**

Das 5. Treffen von SozialdemokratInnen und GewerkschafterInnen vom 17. Mai in Neuenburg verabschiedete einen Appell an die SP-National- und StänderätInnen sowie an die Leitung von SPS und SGB, in dem folgende Frage aufgeworfen wird: „Gibt es einen anderen Ausweg als die Ablehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens?“

Eine Unterzeichnerdelegation wurde vor der Abstimmung in Bern von mehreren sozialdemokratischen NationalrätInnen und Nationalräten empfangen. Der SGB erachtete es nicht als sinnvoll, sich mit einer Delegation der Unterzeichnenden zu treffen, da es nicht mehr möglich sei, die Stellungnahme der Delegiertenversammlung vom 16. Juni zu ändern.

Die SP-Fraktion stimmte für die Verlängerung des Abkommens über die Personenfreizügigkeit. Die Delegiertenversammlung vom 16. Juni bestätigte, dass der SGB weder das Referendum gegen die Verlängerung des Personenfreizügigkeitsabkommens ergreifen, noch sich an der Lancierung eines Referendums beteiligen werde. Er liess jedoch offen, ob er im Falle des Zustandekommens des Referendums eine Abstimmungsempfehlung abgeben würde.

Das 5. Treffen nahm ausserdem von der Abhaltung einer Arbeiterkonferenz in Stockholm am 24. und 25. Mai „für den Rückzug der Urteile Viking, Laval, Ruffert des Europäischen Gerichtshofs“ Kenntnis.

Diese von der Europäischen Arbeitnehmerverbindung und den schwedischen Gewerkschaften organisierte Konferenz vereinte GewerkschafterInnen und politische AktivistInnen aus Belgien, Deutschland, Dänemark, Spanien, Frankreich, Grossbritannien, Norwegen und Schweden. Sie verabschiedete einen Appell und am 12. September wurde eine Delegation von der Europäischen Kommission in Brüssel empfangen.

Die Delegationsmitglieder konstituierten sich in einem Komitee, das im Februar 2009 eine Europäische Arbeiter-Konferenz organisieren wird.

Wir schlagen für den 22. November ein 6. Treffen von SozialdemokratInnen und GewerkschafterInnen vor.

Auch wenn die SP-Fraktion in National- und Ständerat für die Verlängerung des Personenfreizügigkeitsabkommens gestimmt hat, und selbst wenn der SGB darauf verzichtet, gegen dieses Abkommen das Referendum zu ergreifen, so zeigt die Realität doch, dass wir keinen anderen Ausweg haben als das Personenfreizügigkeitsabkommen abzulehnen, wenn wir die Löhne, die GAV und die übrigen Errungenschaften der Arbeitnehmenden schützen wollen.

Der SGB schreibt in einem Dokument vom 21. August: « *In den vergangenen Monaten hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) eine Reihe von Urteilen gefällt (Laval, Viking, Rüffert und Luxemburg), die die Anwendung der innerstaatlichen Rechte der Arbeitnehmenden stark einschränken. Der EuGH hat mit Bezug auf die fünf Grundfreiheiten der Europäischen Union (EU) den Anwendungsbereich der Gesamtarbeitsverträge (GAV), den Rückgriff auf gewerkschaftliche Kampfmassnahmen sowie die Kontrollmöglichkeiten der Arbeitsinspektoren erheblich eingeschränkt* ».

Die Arbeitnehmer der Schweiz und auch der anderen europäischen Länder spüren die Folgen der Liberalisierungsmaßnahmen der EU. Deshalb hört man in unseren Gewerkschaften immer mehr Stimmen, hauptsächlich in den Öffentlichenbetriebe (Bahn und Post) aber auch im Bau und in den Industrieverbände die das Referendum über die Weiterführung des Abkommens über freien Personenverkehr wünschen um dagegen einen klares NEIN auszudrücken. Es geht darum einheitlich mit den französischen, holländischen und irischen ArbeitnehmerInnen den widerstand gegen die Lohndumpingpolitik der EU zu verstärken.

Was tun?

Wir schlagen euch vor, über folgende Fragen zu diskutieren:

- Können die Löhne, die GAV, das Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen verteidigt werden, ohne das Personenfreizügigkeitsabkommen abzulehnen?
- Wie können wir die Referendumsabstimmung gewinnen? Wie können wir die Gewerkschafter und SP-Mitglieder, die sich dafür engagieren wollen, dass ihre Organisationen sich für das Nein einsetzen, zusammenschliessen und organisieren?
- Wie können wir die GewerkschafterInnen und SP-Mitglieder dazu bringen, gemeinsam für die Unabhängigkeit der Arbeiterbewegung gegenüber den Urteilen des Europäischen Gerichtshofs und gegenüber den Abkommen und Weisungen der EU zu kämpfen, welche die mühsam gewonnenen Errungenschaften der Arbeitnehmenden wieder in Frage stellen?

Um über diese Fragen zu diskutieren und uns zu organisieren, laden wir GewerkschafterInnen und SP-Mitglieder zum 6. Treffen im November in Bern ein, 22 Noverber.

Alexandre Anor (SP Genf)
Michel Gindrat (VPOD-Gewerkschafter und SP Neuenburg)
Jean-Claude Cochard (SEV Gewerkschafter Waadt)
Miguel Pedrosa (Gewerkschafter Genf)
Michel Thiébaud Genf)

Ich bin an einer Teilnahme am 6. Treffen interessiert und möchte entsprechende Informationen erhalten

Name, Vorname

Adresse

E-Mail

Telefon

An Michel Gindrat, rue de l'Orée 50, 2000 Neuchâtel/ mgindrat@bluewin.ch retournieren.